

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Monika Balt,  
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS  
– Drucksache 14/38 –**

### **Kein Bau einer Magnetschwebbahn Hamburg–Berlin – Transrapid-Förderung einstellen**

#### **A. Problem**

Die Antragssteller setzen sich für die Beendigung des Projektes einer Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin ein. Sie wollen mit ihrem Antrag ein Verfahren in Gang setzen, welches zur Aufhebung des Magnetschwebbahnbedarfsgesetzes vom 19. Juli 1996, zur Beendigung der Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für die Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin, zur Streichung der entsprechenden Haushaltsmittel und zur Unterbindung der Investition weiterer öffentlicher Mittel in das Projekt Transrapid führen soll. Sie streben mit ihrem Antrag weiterhin an, daß keine andere Transrapid-Referenzstrecke in Konkurrenz zu bestehenden Schienenverbindungen gestattet wird und die freiwerdenden Haushaltsmittel für den Ausbau bestehender Schienenverbindungen verwendet werden.

#### **B. Lösung**

Der Ausschuß schlägt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags vor.

#### **Große Mehrheit im Ausschuß**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags in Drucksache 14/38.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag in Drucksache 14/38 abzulehnen.

Bonn, den 28. Januar 1999

### **Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag in Drucksache 14/38 in seiner 8. Sitzung am 19. November 1998 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder und an den Ausschuß für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller verfolgen mit dem Antrag das Anliegen, eine schnelle Beendigung des Projektes Transrapid herbeizuführen. Sie beantragen, die Bundesregierung zur Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen dafür aufzufordern, daß

- das Magnetschwebbahnbedarfsgesetz vom 19. Juli 1996 aufgehoben wird,
- die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für die Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin eingestellt und die entsprechenden Haushaltsmittel gestrichen werden,
- keine weiteren öffentlichen Mittel in das Projekt Transrapid fließen,
- keine andere Referenzstrecke in Konkurrenz zu bestehenden Schienenverbindungen gestattet wird,
- die freiwerdenden Haushaltsmittel für den Ausbau bestehender Schienenverbindungen (zunächst zwischen Hamburg und Berlin) verwendet werden.

Die Antragsteller führen bekannte Argumente an, die auch in der letzten Legislaturperiode bereits mehrfach erörtert worden sind. Sie kritisieren, daß die Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch das Transrapid-Projekt bislang zu positiv bewertet worden seien. Die Antragsteller äußern die Befürchtung, daß eine Entscheidung über das Projekt am Parlament vorbei erfolgen könne und halten deshalb eine parlamentarische Entscheidung für erforderlich.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuß** hat einstimmig auf ein Mitberatungsvotum zu der Vorlage verzichtet. Der **Ausschuß für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS bei Enthaltung eines Mitglieds der SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrags. Der

**Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen. Der **Ausschuß für Tourismus** schlägt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS die Ablehnung der Vorlage vor. Der **Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder** schlägt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, der Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags vor.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für **Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 4. Sitzung am 20. Januar 1999 beraten.

Im Ausschuß wurde der Antrag von seiten der SPD-Fraktion unter Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung abgelehnt, welche das Verfahren regelt, wie mit den gestiegenen Kosten des Projektes Transrapid in der gegenwärtigen Situation umgegangen werden solle. Es wurde kritisiert, daß der Antrag die Grundsatzdebatte zum Transrapid wieder aufgreife und den aktuellen Entwicklungsstand ignoriere.

Von seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde zum Ausdruck gebracht, daß man den Bau der Transrapid-Strecke wolle, die entsprechenden Aussagen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unterstütze und daher den Antrag ablehne.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird darauf verwiesen, daß die Fraktion und die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine äußerst kritische Haltung gegenüber dem Projekt Transrapid eingenommen hätten, aber im Rahmen der Bildung der neuen Regierungskoalition eine klare Vereinbarung getroffen worden sei, die eine Begrenzung der Kosten für den Fahrweg, welche der Bund trage, auf 6,1 Mrd. DM zum Inhalt habe. Diese Regelung gelte nach wie vor. Da der Bund und die Deutsche Bahn AG ihre Beteiligung begrenzt hätten, bleibe nur die Möglichkeit, daß die Industrie einen höheren Beitrag leiste. Es sei aber nicht erkennbar, wie die Industrie die erforderlichen zusätzlichen Mittel von 1 bis 3 Mrd. DM aufbringen solle. Man sehe den Antrag daher von seinem Inhalt mit Sympathie, halte eine Zustimmung aber nicht für erforderlich, weil man im Rahmen der Koalitionsvereinbarung eine klare Regelung zum weiteren Vorgehen beschlossen habe, von der man erwarte, daß sie zum gleichen Ergebnis führen werde.

Seitens der F.D.P.-Fraktion spricht man sich für das Projekt Transrapid und seine möglichst schnelle Realisierung aus und lehnt den Antrag daher ab. Man ist der Auffassung, daß mit dem Transrapid ein hochinteressantes, ökologisches Verkehrsmittel auf den Markt gebracht werden könne und daß der Transrapid gerade für die neuen Bundesländer eine hervorragende Zukunftschance biete.

Seitens der Fraktion der PDS bleibt man dabei, daß das Projekt Transrapid ökonomisch, ökologisch und verkehrstechnisch abzulehnen sei. Statt dieses Neubauprojektes seien Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf bestehende Verkehrsbindungen zu diskutieren. Es zeichne sich ab, daß die Häufigkeit, mit der der Transrapid zwischen Hamburg und Berlin verkehrt, um die Hälfte reduziert werden solle und daß die Kapazität der Züge geringer ausfalle, als bislang geplant. Die Kosten

für eine Fahrt mit dem Transrapid würden sich gegenüber den bisherigen Angaben ebenfalls massiv erhöhen und über den Tarifen einer Fahrt mit dem ICE und zum Teil über den Flugtarifen liegen. Es sei daher nicht vorstellbar, daß das Projekt einigermaßen lukrativ betrieben werden könne. Wenn das Magnetschwebbahnbedarfsgesetz nicht aufgehoben werde, entstünden auf alle Fälle Schadenersatzansprüche, die sich ständig erhöhten, so lange das Gesetz in Kraft bleibe.

#### V. Abstimmungsergebnis im Ausschuß

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU/CSU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der PDS ab.

Bonn, den 28. Januar 1999

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**

Berichterstatler